

# Blickpunkt

Ausgabe Juli\_2020

## Zeitung für Schlangen



### Themenschwerpunkte:

Neu und doch wieder alt: Flächennutzungsplan zur Windenergie

Die Digitalisierung schreitet voran

Julian Koch – persönlich –



Seite 2



Seite 6



Seite 8

## Flächennutzungsplan zur Windenergie:

### ES KOMMT, WIE ES KOMMEN MUSSTE!

Der abschlägige Bescheid der Bezirksregierung hat die SPD-Fraktion nicht überrascht. Die Ablehnung des vorgelegten Flächennutzungsplans war völlig erwartbar. Die SPD-Fraktion hat in allen Beratungen dazu stets auf dieses Risiko hingewiesen. In der Regel freut man sich darüber, wenn man Recht bekommt. **Aber ganz klar gesagt: wir freuen uns diesbezüglich überhaupt nicht!**

Im Ergebnis ist diese Ablehnung für Schlangen kein erfreuliches Ereignis. Denn nun sind wir in der Situation, vor der die SPD seit Jahren immer gewarnt hat. Die Gemeindefläche ist jetzt offen, Windräder können überall gebaut werden, denn jetzt gilt nur das Baugesetzbuch (BauGB).

Wichtigste Grundlage für die Zulässigkeit von Windenergieanlagen im Außenbereich ist § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB. Dieser sog. Privilegierungstatbestand erfasst Windenergieanlagen allgemein und unabhängig von einer bestimmten Zweckbestimmung oder von sonstigen Voraussetzungen. Er ist Schwerpunkt der Genehmigungs- und Planungspraxis für Windenergieanlagen im Außenbereich.

Bekanntermaßen sind 2 Pläne unserer Gutachter an der Ratsmehrheit gescheitert. Die SPD hatte drei zentrale Bedingungen, um einem Flächennutzungsplan zuzustimmen. Das waren – und sind es immer noch:

#### >>> Die Fürstenallee wird nicht beplant

#### >>> Der Flugplatz der Modellflugzeugbauer bleibt unberührt

#### >>> 1.000 m Abstand zur Wohnbebauung

Die beiden ersten Planungsentwürfe haben genau diese uns wichtigen Aspekte beinhaltet. Nach geringfügigen Änderungen im 2. Planentwurf waren jeweils ca. 150 ha Fläche für die Windräder im FNP vorgesehen. Die bis dahin geplanten 8 Windräder hätten gut in diese Kulisse gepasst. 150 ha bedeuten ca. 2 % der Fläche unserer Gemeinde. Und, was auch zu beachten ist, die Antragsteller waren entweder Landwirte und Bürger aus unserem Dorf oder Stadtwerke aus dem Lipperland. Das hat sich inzwischen geändert. Entnervt haben hiesige Landwirte und die Stadtwerke ihre Anträge an Paderborner Unternehmer übergeben. So geht dann zukünftig die Gewerbesteuer auch nach Paderborn, und entgeht somit unserem kommunalen Haushalt.



Flugplatz der Bergfalken

### Nun, warum musste der vorgelegte FNP scheitern?

Die Ratsmehrheit hat darauf bestanden, dass ein Abstand von 1.500 m zur Wohnbebauung eingehalten werden soll. Die Landesregierung hatte diesen Abstand, als Empfehlung, in den neuen Landesentwicklungsplan (LEP) geschrieben.

Dieser LEP sieht vor, dass Kommunen bei der Ausweisung von Windzonen einen Mindestabstand von 1.500 m zu Wohngebieten einhalten **sollen**. Diese Landesvorgabe von 1.500 m missachtet das Bundesrecht. Die Vorgabe im LEP widerspricht auch der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichtes NRW, wonach eine Kommune der Windkraft substantziellen Raum einräumen muss. Nicht nur rechtlich war dieser Abstand ein Problem, auch fachlich.

Die Gutachter haben in den Beratungen zu den vorher abgelehnten Planungen mehrfach klar und deutlich betont, dass ein Abstand von mehr als 1.000 m sachlich und fachlich nicht zu begründen ist!

Die Ratsmehrheit hat dem Planungsbüro dann aber genau das zur Bedingung gemacht. Also wurde das, was sachlich und fachlich nicht zu begründen war, jetzt politisch gefordert.

Im Übrigen hat das Oberverwaltungsgericht in Münster bereits in einem Urteil vom 20.01.2020 den 1.500 m Abstand als „keine sachgerechte Abwägung“ bewertet. (OVG NRW, Urteil vom 20.1.2020 – 2 D 100/17 NE) Im Ratsprotokoll der Ratssitzung am 27.6.2019 ist folgendes zu lesen:

„Herr Richter (CDU) teilt mit, dass der jetzige Entwurf konstruktiv, nachvollziehbar und rechtssicher sei. Eine 5-jährige Beratung sei nun beendet und eine Planungssicherheit gegeben.“

Genau das haben wir immer bezweifelt, und der vorliegende Bescheid gibt uns leider Recht.

Im Dezember 2013 hatte der Rat den Auftrag für den FNP gegeben, an dem Punkt stehen wir nun wieder. Alle in den Jahren beauftragten Gutachten sind aus zeitlichen Gründen hinfällig und müssen neu beauftragt und erstellt werden.

Die ganze Geschichte erinnert an das Grimm'sche Märchen: „De Fischer un sine Fru“. Wer immer mehr will, der bekommt am Ende: nichts.

**Politik, ob in Berlin, ob in Düsseldorf, ob in Schlangen, sie funktioniert nur, wenn Kompromissfähigkeit besteht.** Unserer Ansicht nach waren die beiden ersten Planungsvorschläge gute Kompromisse. Der nun abgelehnte FNP war das nicht. ■

### EINER schaut Youtube ...

... mit der Diskussion der 3 Bewerber um das Amt des Bürgermeisters <https://www.youtube.com/watch?v=5D-j7WAyoQiw>



### EINER denkt, ...

... da hat der Julian gut seinen Senf dazu gegeben ...



## Die Zeit ist reif für Elektromobilität

Unter dieser Überschrift hat das Land NRW eine Förderprogramm für Kommunen aufgelegt. Ziel ist es, das Potenzial für den verstärkten Umstieg auf Elektromobilität aufzuzeigen. Weiterhin beinhaltet das Konjunkturpaket der Bundesregierung vom 3.6.2020 eine Ausgabe von 2,5 Milliarden Euro, u.a. für den Ausbau moderner und sicherer Ladesäulen-Infrastruktur.

In Schlangen befindet sich eine öffentlich zugängliche Stromtankstelle am Rathaus, sowie bei der Volksbank. Das reicht für die Zukunft nicht aus. Jemand, der ein Elektroauto kaufen möchte, muss davon überzeugt sein, dass er hinreichend Ladestationen vorfindet. Auch wenn der Anteil an Elektroautos noch sehr gering ist, in den nächsten Jahren wird sich das ändern.

Das Konzept der Bundesregierung umfasst 2 Aspekte. „Insbesondere soll das einheitliche Bezahlssystem für Ladesäulen nun zügig umgesetzt werden. Durch eine Versorgungsauflage soll geregelt werden, dass an allen Tankstellen in Deutschland auch Ladepunkte angeboten werden. Der Aufbau öffentlich zugänglicher Ladeinfrastruktur (zum Beispiel bei Kitas, Krankenhäusern, Stadtteilzentren, Sportplätzen) wird im Rahmen des Masterplans intensiviert.“ (Zitat: Corona-Folgen bekämpfen, Wohlstand sichern, Zukunftsfähigkeit stärken. Ergebnis Koalitionsausschuss 3. Juni 2020“)

„Eine Aufgabe, die ich umgehend anpacken werde, ist die Ladeinfrastrukturplanung“, sagt Julian Koch, unser Bürgermeisterkandidat. Damit ist gemeint, dass wir für Schlangen eine optimale Standortverteilung der Ladesäulen ermitteln müssen. Selbstverständlich stehen auch hierbei unsere Ortsteile im Fokus.

Als Laternenparker hat man es mit einem Elektroauto heute noch nicht so leicht, denn mehr als 80 Prozent der Ladevorgänge in Deutschland finden abends zu Hause in der Garage statt. Hat man keine oder nur einen gemieteten Stellplatz, fällt diese Möglichkeit weg. Von abenteuerlichen Konstruktionen mit Verlängerungskabeln von der Wohnung bis zum Parkplatz ist aber definitiv abzuraten. Hier muss also der Platzbedarf ermittelt werden.

„Außerdem darf das Stromnetz nicht durch die gleichzeitige Aufladung mehrerer E-Autos überlastet werden“, merkt Ratsfrau Hannah Penke an. Dafür muss ein Lastmanagementsystem (LMS) eingerichtet werden, welches die Aufladung aller E-Autos optimal aufeinander abstimmt. Dieses System koppelt die Ladestationen untereinander und stimmt die Ladevorgänge aufeinander ab, indem z. B. die Ladeleistung verringert wird



Ratsfrau Hannah Penke ...



... mit Bürgermeisterkandidat Julian Koch, Elektroladesäule am Rathaus. (Die Ladesäule wurde inzwischen erneuert!)

## Das Wasserversorgungskonzept der Gemeinde

Nach den gesetzlichen Bestimmungen muss jede Kommune in NRW ein Wasserversorgungskonzept vorlegen. Grundlage sind die Vorgaben des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV NRW). Das beschlossene Konzept beschreibt zunächst die aktuelle Versorgungssituation, und stellt in einem weiteren Schritt die Entwicklung „mit den damit verbundenen Entscheidungen“ vor. Robert Göke (Leiter der Gemeindewerke): „Das Konzept beinhaltet alle wesentlichen Angaben zur zukünftigen Sicherstellung der Wasserversorgung.“

Seit 2000 gibt es, bezogen auf den 30jährigen Mittelwert, den der Deutsche Wetterdienst für Bad Lippspringe ermittelt hat, in unserer Region weniger Niederschläge. Lediglich 2017

lagen die Werte über dem Mittelwert. Festgestellt wurde, weniger Niederschläge führen zu einem höheren Wasserverbrauch. Das Bewässerungsverhalten hat sich merkbar geändert. Im Vergleich zum „Jahrhundertsommer“ 2003 ist der Wasserverbrauch im heißen Sommer 2018 spürbar gestiegen. Das Wasserversorgungskonzept trägt dieser Entwicklung Rechnung. Es sieht u.a. vor:

- > Ein 2. Brunnen wird in Oesterholz-Haustenbeck eingerichtet
- > Die Fördertechnik wird angepasst
- > Die Verbindung zum Wassernetz in Bad Lippspringe wird hergestellt

Somit ist Schlangen für die Zukunft gut ausgestattet. Aber, so stellt Herr Göke fest: „Es ist vernünftig mit dem Wasserverbrauch achtsam

oder die Fahrzeuge nacheinander laden. Ein Lastmanagementsystem (LMS) regelt die Leistung mehrerer Ladepunkte, um den vorhandenen Netzanschluss optimal auszunutzen, sodass keine Verstärkung der Anschlussleistung oder sogar ein neuer Transformator notwendig wird. Da der Netzanschluss von Wohngebäuden, Parkplätzen und Tiefgaragen in der Regel ohne große Leistungsreserven geplant wurde, ist ein Lastmanagementsystem hier in der Regel notwendig. (Zitat: [www.elektromobilitaet.nrw.de](http://www.elektromobilitaet.nrw.de))

Es gibt also eine Reihe von Dingen zu beachten. Es macht deshalb Sinn, für ein Handlungs- und Umsetzungskonzept eine unabhängige Beratung zu nutzen. Dafür stellt das Land Fördergelder in Höhe von 80 % zur Verfügung. „Ich will Schlangen für die Zukunft fit machen, Elektromobilität gehört definitiv dazu. Dieser Aufgabe werde ich mich intensiv widmen“, so Julian Koch im Gespräch mit dem Blickpunkt. ■



Hochbehälter Nassesand, Oesterholz-Haustenbeck (Foto: Gemeindewerke Schlangen GmbH)

umzugehen, denn weniger Niederschlag auf Dauer und erhöhter Wasserverbrauch andererseits, passen irgendwann nicht mehr zusammen.“ ■



Conny Zans



Michael Richts



Hannah Penke



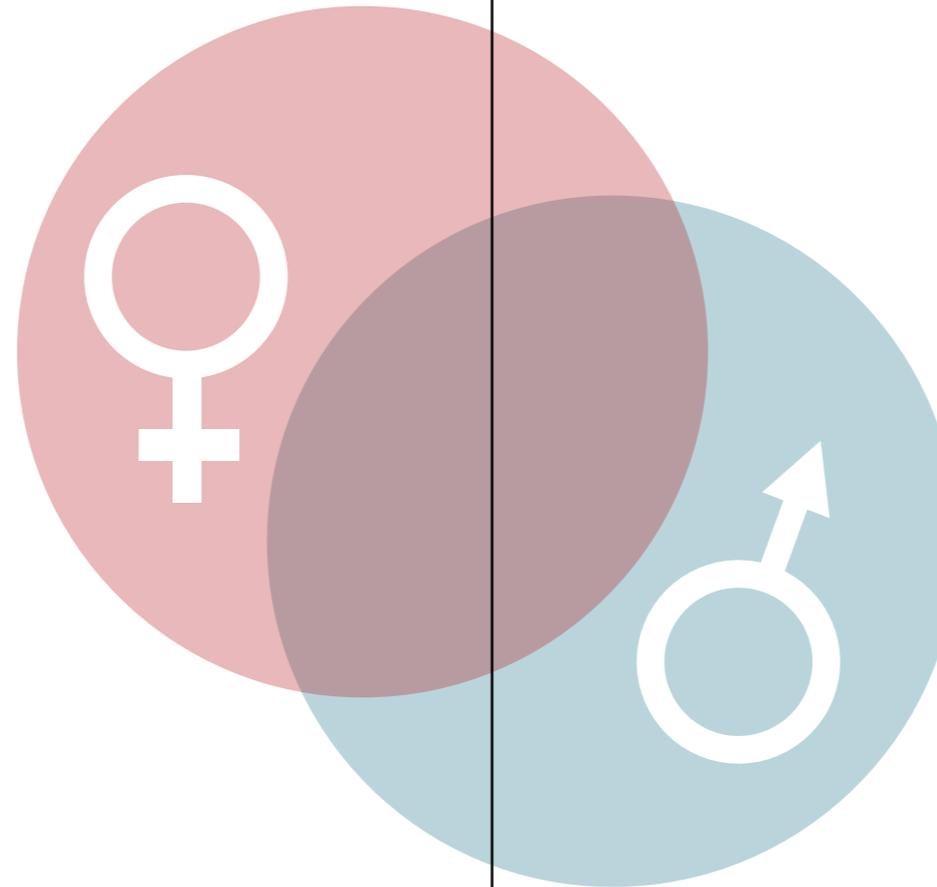
Michael Zans



Sandra Warachewicz



Friedel Lübbertsmeier



Judith Böger



Marco Grote



Heidi Walther



Alexander Meyer



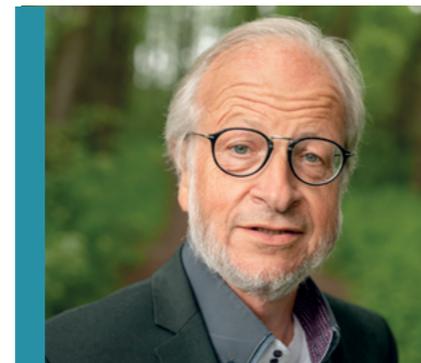
Anke Steinmeier



Marc Böger



Jana Schwede



Eberhard Bolte



Kirsten Strehl



Dr. Gerhard Berth

## „Nachbarschaftliches Wohnen“, ein Konzept der AWO Lippe in Detmold



SeniorenWohnGemeinschaft Stettiner Str., Detmold (Foto AWO-Lippe)

Im Blickpunkt (Juni 2020) hatten wir berichtet, dass in Schlangen ein Objekt mit einer ambulant betreuten Wohngemeinschaft fehlt. Zwischen dem gewohnten Leben in der eigenen Wohnung und der stationären Aufnahme in einem Seniorenheim fehlt etwas. Wer auf Grund des Alters alles nicht mehr allein so gut – wie gewohnt – erledigen kann, wer aber noch soweit fit ist, dass er keinen Pflegegrad hat, für den wäre „Betreutes Wohnen“ eine mögliche Alternative.

Jens Schickel (Stellvertretender Geschäftsführer AWO Kreisverband Lippe e.V.) erläutert im Gespräch mit dem Blickpunkt, dass der Begriff „Betreutes Wohnen“ rechtlich nicht geschützt sei. Die AWO Lippe definiert das für sich so, dass bei „Betreutem Wohnen“ gewährleistet ist, dass 24 Stunden täglich jemand vor Ort sei. Angebote, die es auch von der AWO Lippe gibt, in denen keine 24-Stunden Betreuung vorgesehen ist, heißen dann: „Wohnen mit Service“.

Die „SeniorenWohnGemeinschaft“ (Betreutes Wohnen) in Detmold bietet Platz für 12 Frauen und Männer.

Als Mieter verfügt jeder über ein Privatzimmer mit barriere- und rollstuhlgerechter Dusche. Die Zimmer sind unterschiedlich groß. Das Gebäude war vorher eine große Fabrikhalle, die entsprechend umgebaut wurde. Eigene Möbel können mitgebracht werden. Gleichzeitig stehen allen die Gemeinschaftsräume, also Küche- und Esszimmer zur Verfügung. Ebenso steht für die Bewohner ein eigener Garten mit Terrasse zur Verfügung. Was leisten nun die MitarbeiterInnen? Sie

kümmern sich z.B. um die Essensversorgung, die Einkäufe, die Wäscheversorgung, die Reinigung und weitere Betreuungsangebote. Sofern Pflege erforderlich wird, muss diese individuell dazu gebucht werden. Selbstverständlich steht dieses Angebot Jedermann zur Verfügung. Unser Ziel ist, ein entsprechendes Angebot auch in Schlangen zu realisieren. Dafür benötigen wir ein entsprechendes Grundstück (die Gemeinde hat keins), wir brauchen einen Investor – jemand muss bauen –, und dann einen Träger, der sich – wie die AWO in Detmold – um den Betrieb kümmert.

Julian Koch dazu: „Der demografische Wandel macht sich auch in Schlangen bemerkbar, und wir brauchen mehr Angebote des betreuten Wohnens für Senioren. Die „SeniorenWohnGemeinschaft“ in Detmold und „Wohnen mit Service“ der AWO Lippe sind hervorragende Konzepte, die ich mir auch für Schlangen gut vorstellen kann. Als Bürgermeister setze ich mich für betreutes Wohnen in Schlangen ein und werde dafür mit Investoren und Trägern das Gespräch suchen, um das Thema in Schlangen weiter voranzubringen.“

## Landrat Axel Lehmann: Vorteile einer vernetzten Welt nutzen



Die Digitalisierung hat unser Leben bereits in vielen Bereichen umgekrempelt – und die Entwicklung geht mit einem atemberaubenden Tempo weiter. Die neue Technik betrifft fast alle Lebensbereiche – ob beim Surfen auf dem Smartphone, beim Streamen von Serien in den eigenen vier Wänden, beim Speichern von Daten in einer Cloud, der Suche per App nach einem freien Parkplatz, der Abfahrtszeit des nächsten Busses, dem zuverlässigen Arbeiten im Home-Office oder am Arbeitsplatz. Deshalb ist es wichtig, dass wir die Digitalisierung aktiv mitgestalten. Denn wir wollen, dass sie den Menschen nützt. Sie soll unse-

ren Leben einfacher und nicht komplizierter oder unsicherer machen.

Die Digitalisierung ist deshalb eine der großen Zukunftsthemen der nächsten Jahre. Sie eröffnet uns viele Chancen und stellt uns gleichzeitig vor Herausforderungen, die wir aber gerne meistern. Dazu zählt zuallererst, die Haushalte in Lippe ans schnelle Internet anzubinden. Und in diesem Punkt sind wir in den vergangenen Jahren schon große Schritte vorangekommen. Ein Beispiel: Ende 2018 ist der Startschuss für einen großflächigen Breitbandausbau gefallen, durch den Ortschaften, Privathaushalte und Gewerbegebiete an die digitalen Datenautobahnen angeschlossen werden. Versorgungsraten von mindestens 50 Mbit/s und mehr werden dadurch Wirklichkeit. In den meisten Teilen Lippes sind es sogar bis zu 100 Mbit/s. Ende 2020 werden weitere 540 Kilometer Glasfaserkabel verlegt sein, durch die schnelles Surfen, das ruckel- und frustfreie Schauen von TV-Serien und Videos, das Arbeiten im Home-Office und vieles mehr möglich werden. Doch damit geben wir uns noch lange nicht zufrieden. Unser Ziel ist es, dass mittelfristig jeder Haushalt direkt mit einer Glasfaserleitung ans schnelle Internet angebunden wird, um einen noch schnelleren Datenaustausch zu ermöglichen. Das gilt natürlich auch für unsere Schulen, die durch den „Aktionsplan Schulen“ bis zum Jahr 2022 ans gigabitfähige Netz angebunden werden.



Durch die fortschreitende Digitalisierung wird Lippe in den nächsten Jahren smarter und fortschrittlicher. Durch die 5G-Technologie können Ampeln, Parkleitsysteme, Busse und Sharing-Dienste miteinander vernetzt werden. So entsteht ein System, durch das der Verkehr reibungslos läuft. Dafür stellen wir in Lippe gerade die Weichen und bauen ein sogenanntes LoRaWAN auf. Dahinter steht ein Netz aus Hunderten von kleinen Sensoren, die den Datentransfer über große Entfernungen ermöglichen – und das auch noch überaus energieeffizient. Apropos 5G – die zukünftige Generation im Mobilfunk: Lippe ist eine von 50 Modellregionen, die erfolgreich am „5G Innovationsprozess“ der Bundesregierung teilgenommen haben und bis zu 100.000 Euro erhalten. ■

## So hilft die Bundesregierung den Kommunen

Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie betreffen auch die kommunalen Haushalte. Die Bundesregierung hat dies erkannt. Deshalb hat sie sich entschieden den Städten und Gemeinden zu helfen. Ganz wichtig ist der Umstand, dass die Bundesregierung sich bereit erklärt hat, die krisenbedingten Ausfälle der Gewerbesteuer zu kompensieren. So sollen 50% der Ausfälle durch die Bundesregierung den Kommunen erstattet werden.

Die Hoffnung, auf einen Altschuldenerlass für die kommunale Familie, wurde nicht erfüllt. Ein entsprechendes Bündnis von stark verschuldeten Kommunen hatte noch vor wenigen Tagen darauf hingewiesen, dass man in den Rathäusern weiter Hilfe erwarte. Die letzte Hoffnung vor allem der hoch verschuldeten Ruhrgebiets-Städte: Wenn der Bund nicht hilft, sollte die Landesregierung einspringen und mit eigenem Geld beim Abtragen des Kreditberges helfen.

Doch die CDU-Fraktion im Landtag hat klar gemacht, daraus wird erst einmal nichts. Eine Milliarde Euro an zusätzlichem Spielraum bringe die mit dem Bund getroffene Vereinbarung. Das Argument von CDU-Fraktionschef Bodo Löttgen: Damit beseitige die Politik nun zunächst eine der Ursachen für die hohe Verschuldung der Vergangenheit und schaffe erst die Voraussetzung dafür, dass die Kommunen der Schuldenfalle entkommen könnten.

### Länder und Kommunen stärken

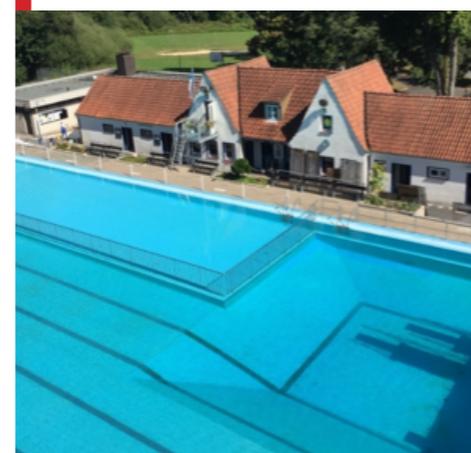
18. Zur Stärkung der Kommunen angesichts der dort ebenfalls auftretenden Steuerausfälle wird der Bund dauerhaft weitere 25% und insgesamt bis zu 75% der **Kosten der Unterkunft** im bestehenden System übernehmen. Wir wollen dabei verhindern, dass die Leistungen für Unterkunft und Heizung künftig im Auftrag des Bundes erbracht werden. Die Kommunen kennen den örtlichen Wohnungsmarkt am besten und sollen deswegen weiterhin für diese Leistungen verantwortlich sein. Daher werden wir in der Verfassung abweichend regeln, dass der Bund die Kosten der Unterkunft und Heizung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende bis zu 75% tragen kann, bevor Bundesauftragsverwaltung eintritt. {Finanzbedarf: 4 Mrd. Euro pro Jahr}

19. Damit die Kommunen weiter finanziell handlungsfähig bleiben, ist der Bund bereit, die für den größten Teil der öffentlichen Investitionen in Deutschland zuständigen Kommunen deutlich zu stärken und damit die Länder bei ihren Aufgaben zu unterstützen. Mit einem **kommunalen Solidarpakt 2020** werden die aktuellen krisenbedingten Ausfälle der **Gewerbesteuereinnahmen** kompensiert. Dazu gewährt der Bund für 2020 den Gemeinden gemeinsam mit den zuständigen Ländern hälftig finanziert einen pauschalierten Ausgleich. Bei der Gewerbesteuer wird ein Freibetrag für die existierenden Hinzurechnungstatbestände auf 200.000 Euro erhöht. {Finanzbedarf: 5,9 Mrd. Euro Bund}

Außerdem verweist die Landespolitik auf die Hilfe für Gewerbesteuerausfälle. Die Altschulden seien zwar noch immer ein Problem. Angesichts niedriger Zinsen und der nun beschlossenen Entlastung aber nicht mehr so gravierend wie zuvor. Und anpacken, so verspricht der Fraktionschef, wolle man das Thema später ohnehin nochmal. Für unser

Schlangen keine erfreuliche Aussage. Die Altschulden seien angesichts der äußerst niedrigen Zinsen, die die Städte und Gemeinden dafür derzeit zu zahlen haben, ohnehin kein großes Problem.“ Damit verrät der Ministerpräsident Laschet die Kommunen, die CDU-NRW verliert so endgültig die Bodenhaftung. ■

## Das Freibad in Zeiten von Corona



Freibad Schlangen (Foto: Gemeindewerke Schlangen GmbH)

Die Herausforderungen für einen Freibadbetrieb sind in den Zeiten der Pandemie groß. So müssen die Öffnungszeiten geändert werden.

Das Thema „Reinigung und Desinfektion“ hat eine zentrale Bedeutung. Bei laufendem Be-

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag
	6:00		6:00			
	9:00		9:00			
Reinigung und Desinfektion						
12:00	12:00	12:00	12:00	12:00	11:00	11:00
15:00	15:00	15:00	15:00	15:00	14:00	14:00
Reinigung und Desinfektion						
16:00		16:00		16:00	15:00	15:00
19:00		19:00		19:00	18:00	18:00
Reinigung und Desinfektion						

trieb lässt sich das nicht realisieren. Ein ganzer Tag in der Batze, das ist aktuell nicht möglich. Deshalb wurden die Eintrittspreise für diese Saison angepasst. Nach den Regelungen dürfen auch nicht mehr als 200 Personen gleichzeitig im Schwimmbad sein, dies wird zusätzlich von einem Sicherheitsdienst kon-

trolliert. Inwieweit die Hoffnung erfüllt werden kann, dass das im nächsten Jahr anders sein wird, kann heute niemand zuverlässig voraussagen. Wir möchten uns bei allen bedanken, die trotz der Einschränkungen dem Freibad ihre Treue bekunden. ■



### Blickpunkt:

In Schlangen gibt es keine Ortsgruppe der Arbeiterwohlfahrt. „Was“ oder „Wer“ ist die AWO?

### Julian Koch:

Die Arbeiterwohlfahrt, kurz AWO, ist ein Wohlfahrtsverband und einer der sechs Verbände der freien Wohlfahrtspflege. 1919 gründete Marie Juchacz die AWO für die Selbsthilfe der Arbeiterschaft. Aber am Anfang musste erst die Not der Opfer und Geschädigten des Ersten Weltkriegs gelindert werden.

Heute steht die AWO auf zwei Säulen: zum einen gibt es die vielen ehrenamtlich Engagierten, deutschlandweit rund 320.000, die in ihren Ortsvereinen viele Aktivitäten entfalten, um Menschen zu unterstützen. Zum anderen beschäftigt die AWO rund 230.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ist ein professioneller Träger für Kitas, offene Ganztagschulen, Kliniken, Seniorenzentren und Beratungsangebote.

### Blickpunkt:

Wie bist du denn zur AWO gekommen?

### Julian Koch:

Es ist kein Geheimnis, dass die AWO und die SPD eng beieinanderstehen und dieselben Werte vertreten. Darum war für mich als Sozialdemokrat auch klar, dass ich der AWO beitrete. Außerdem schätze ich das ehrenamtliche Engagement der AWO-Mitglieder, beispielsweise bei der Rumänien-Hilfe. Dort

werden Spenden gesammelt und diese z.B. rumänischen Schulklassen zur Unterstützung gegeben.

### Blickpunkt:

Wie lange bist du Mitglied?

### Julian Koch:

AWO-Mitglied bin ich seit knapp fünf Jahren.

### Blickpunkt:

Du bist aktives Mitglied, welche Aufgaben hast du übernommen?

### Julian Koch:

Ich bin schnell Vorsitzender des AWO-Ortsvereins Fröndenberg geworden. Dadurch ist man geborenes Mitglied in den Beiräten der lokalen AWO-Einrichtungen, in Fröndenberg sind das eine Kita und ein Familienzentrum. Dort unterstützt der Ortsverein die Elternvereine bei ihren Aktivitäten, u.a. mit Spenden. Gemeinsam bereiten wir die Kindergartenjahre vor und entwickeln das pädagogische Konzept sowie die Aktivitäten für die Kinder. Außerdem bietet der Ortsverein Angebote für Senioren an und organisiert Freizeitfahrten. Zusätzlich sammeln wir jährlich Geld- und Sachspenden für die bereits erwähnte Rumänien-Hilfe.

Dazu wurde ich in den ersten Unterbezirksvorstand des neuen AWO-Unterbezirks Ruhr-Lippe-Ems gewählt. Dieser umfasst die hauptamtlichen Angebote für die Bereiche Kita, Offene Ganztagschulen sowie ambulante und stationäre Senioreneinrichtungen der Kreise Unna und Warendorf sowie der Stadt Hamm. Insgesamt arbeiten für den AWO-Unterbezirk und die drei Tochtergesellschaften 2.100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in knapp 170 Einrichtungen, für die der Unterbezirksvorstand die Verantwortung trägt. Für mich standen der Fusionsprozess und die strategischen Entscheidungen für den gesamten Unterbezirk im Mittelpunkt, insbesondere für die Kitas.

### Blickpunkt:

Gibt es aus deinem Engagement bei der AWO, Konzepte, Ideen, die du mit nach Schlangen nimmst?

### Julian Koch:

Durch die AWO konnte ich viele Erfahrungen im Rahmen der Kitas sowie der offenen Ganztagsbetreuung sammeln. Hier gibt es bewährte Konzepte für die pädagogische Betreuung von Kindern. Insbesondere bringe ich nach Schlangen die Erfahrung mit, wie ehrenamtliche und hauptamtliche Arbeit verzahnt werden können, um das beste Ergebnis zu erzielen. Und Bildung, von der Kita bis zum Schulabschluss, bleibt weiterhin mein Herzenthema. ■

### Der Umbau geht voran



Der Straßenübergang zwischen dem NETTO und dem REWE nimmt Gestalt an. Die Bordsteinkanten werden abgesenkt. Dann kommt man mit dem Kinderwagen und dem Rollator gut über die Straße. Ein Zebrastreifen folgt an dieser Stelle. ■



SPD Ortsverein & Fraktion Schlangen  
Heinz Kriete | Parkstraße 21 | 33189 Schlangen  
[www.spd-schlangen.de](http://www.spd-schlangen.de)

### Impressum

Redaktionsschluss: 29.6.2020  
Gestaltung:  
Nicole Wilm | [www.olesign.de](http://www.olesign.de)  
Druck:  
d-Druck | [www.d-druck.net](http://www.d-druck.net)

